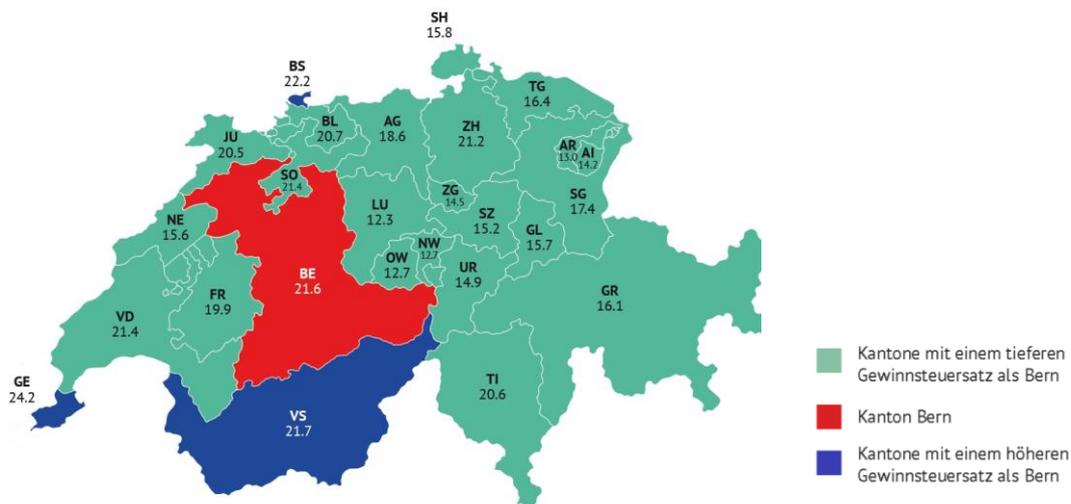


Medienmitteilung

Breites Komitee kämpft für die Steuergesetzrevision 2019

Bern, 16. Oktober 2018. Ein breit abgestütztes Komitee aller bürgerlichen Parteien und weiterer Organisationen kämpft an der Volksabstimmung vom 25. November 2018 für die Steuergesetzrevision 2019. Die angestrebte Reduktion der Gewinnsteuern der Firmen ist ein erster wichtiger Schritt, den Rückstand des Kantons Bern gegenüber anderen Kantonen zu reduzieren und die wirtschaftlichen Standortbedingung zu verbessern.

Der Grosse Rat hat im März 2018 mit beschlossen, die maximale Gewinnsteuerbelastung für juristische Personen von heute 21,64% gestaffelt über die Jahre 2019 und 2020 auf 18,71% zu senken. Anlass für die Revision ist vor allem der heute bestehende Standortnachteil, indem der Kanton Bern punkto Steuerbelastung im interkantonalen Vergleich den unrühmlichen Rang 23 belegt.



Quelle: Berner Steuermonitor 2018

Ein breit abgestütztes Komitee aus sämtlichen bürgerlichen und liberalen Parteien und zahlreichen Organisationen der Wirtschaft inkl. der Berner Bauern setzt sich für die Vorlage ein. **Madeleine Amstutz**, Grossrätin SVP, stellte eingangs der Medienorientierung des Komitees fest, dass die Vorlage zwar Mindereinnahmen beim Kanton bewirke, die Einnahmen aber insgesamt immer noch zunehmen, ebenso die Gesamtsteuereinnahmen. Die Gewinnsteuersätze seien in den anderen Kantonen gesunken, was wegen der Untätigkeit des Kantons Bern zu einem „massiven Standortnachteil“ für Unternehmen geführt habe. Das müsse dringend korrigiert werden.

Michael Köppli, Grossrat glp, stellte die Vorlage in den Gesamtzusammenhang und betonte die Wichtigkeit eines ersten Schrittes per 2020. Mit der Steuergesetzrevision können eine schleichende Investitionsverlagerung oder gar die Abwanderungen von Firmen verhindert und damit Wertschöpfung und Arbeitsplätze im Kanton Bern gehalten werden. Von der Revision sind zudem Effekte zu Gunsten der bernische Volkswirtschaft zu erwarten: „Die Reduktion der Steuerbelastung verschafft den Unternehmen zusätzlichen Spielraum für Investitionen“ meinte Köppli.

Anita Luginbühl, Grossrätin BDP und Inhaberin eines KMU, führte aus, dass es keineswegs darum gehe, nur Grosskonzerne im Kanton Bern zu halten, wie dies das Gegnerkomitee behaupte. Vielmehr könnten über 5'000 KMUs mit sicher über 100'000 Arbeitsplätzen profitieren.

Katharina Baumann, Grossrätin EDU und ebenfalls Inhaberin eines KMU, stellte schliesslich das Ja-Komitee und die Kampagne vor. Die Gesamt-Regierung inkl. Finanzdirektorin, die Finanzkommission und der Grosse Rat, letzterer mit einem deutlichen Mehr von 91 zu 51 stimmen, stünden klar hinter der Vorlage. Das Komitee werde mit Flyern, Plakaten, Webauftritt, Social Media und Inseraten auf die Wichtigkeit der Vorlage aufmerksam machen.

Adrian Haas, Grossrat FDP betonte zum Schluss nochmals, dass eine „Untätigkeit des Kantons Bern keine Option“ sei. Wenn Firmen künftige Investitionen andernorts tätigten, so gingen direkt und indirekt (Zulieferer) Arbeitsplätze verloren. Zusätzlich verliere der Kanton und Gemeinden Steuereinnahmen bei den natürlichen Personen, weil ja die Löhne bzw. Einkommen, die von den Firmen generiert werden, ebenfalls wegfielen.

Co-Präsidium kantonales Komitee «JA zu Arbeitsplätzen im Kanton Bern»:

Markus Aebi, Grossrat SVP | **Madeleine Amstutz**, Grossrätin SVP, Mitglied Finanzkommission | **Katharina Baumann**, Grossrätin EDU | **Synes Ernst**, Co-Präsident CVP Kanton Bern | **Pierre-Yves Grivel**, Grossrat FDP, Präsident FDP Kanton Bern | **Adrian Haas**, Grossrat FDP, Mitglied Finanzkommission | **Uwe E. Jocham**, Präsident Die Berner Arbeitgeber | **Michael Köppli**, Grossrat glp, Mitglied Finanzkommission | **Toni Lenz**, Präsident Berner KMU | **Samuel Leuenberger**, Grossrat BDP | **Anita Luginbühl**, Grossrätin BDP | **Eveline Neeracher**, Präsidentin GastroBern | **Nadja Pieren**, Nationalrätin SVP, Präsidentin Gemüseproduzenten-Vereinigung der Kantone Bern und Freiburg | **Peter Quadri**, Co-Präsident CVP Kanton Bern | **Simone Richner**, Präsidentin Jungfreisinnige Kanton Bern | **Kurt Rohrbach**, Präsident Handels- und Industrieverein des Kantons Bern | **Hans Jörg Rügsegger**, Präsident Berner Bauern Verband | **Adrian Spahr**, Co-Präsident Junge SVP Kanton Bern | **Alfred Zimmermann**, Präsident Kantonal-Bernischer Baumeisterverband



Auskünfte erteilen:

Madeleine Amstutz, Grossrätin SVP, N. 079 515 69 70
Katharina Baumann, Grossrätin EDU, N. 079 781 54 61
Adrian Haas, Grossrat FDP, N. 079 717 24 24
Michael Köppli, Grossrat GLP, N. 079 743 30 89
Anita Luginbühl, Grossrätin BDP, N. 078 756 02 52